de

Press release | 07.07.2011

Schengen

EU-Parlament besteht auf Mitentscheidung bei Schengenregeln

Das Europäische Parlament hat heute einen Entschließungsantrag zur geplanten Änderung der Schengen-Verträge angenommen, in dem es auf seine Mitentscheidungsrechten bei jeder Änderung der Schengenverträge pocht.

Dazu erklärt **Rebecca Harms**, Fraktionsvorsitzende der Grünen/EFA:

"Das Parlament hat entschieden den Versuch einiger Mitgliedsstaaten zurückgewiesen, das Parlament bei den anstehenden Verhandlungen über eine Änderung der Schengenverträge außen vor zu lassen. Die Mitentscheidungsrechte des Parlament sind im Lissabonner Vertrag verbrieft und dürfen nicht durch Tricksereien ausgehebelt werden.

Das Europäische Parlament hatte heute auch klar gemacht, dass die vom Rat geforderten zusätzlichen Ausnahmen für die Wiedereinführung nationaler Grenzkontrollen nicht notwendig sind. Stattdessen wäre eine strikte Anwendung der ohnehin bereits bestehenden Ausnahmeregelungen nach der derzeit laufenden Überprüfung des Schengenvertrages zur Bewältigung von Krisensituationen ausreichend.

Die deutsche Bundesregierung muss ihre Doppelspiel in der Schengen-Frage aufgeben und die Karten auf den Tisch legen. Es ist unglaubwürdig, wenn sie einerseits die dänischen Grenzkontrollen kritisiert, aber im Rat der Aufweichung der Schengenverträge zustimmt."

***Ska Keller**, Mitglied im Innenausschuss des Europäischen Parlaments, erklärte:*

"Die Einführung nationaler Grenzkontrollen in Dänemark sind ein Tabubruch und gehen an die Substanz einer der größten Errungenschaften der europäischen Union. Durch diese Maßnahme wird weder Kriminalität wirksam bekämpft noch werden Migrationsprobleme gelöst, sie dient nur als populistische Beruhigungspille.

Neue Schengenregelungen müssen zu größere Transparenz führen und zu weniger und nicht zu mehr Grenzkontrollen. Wir bestehen darauf, dass jede Entscheidung über die Einführung von nationalen Grenzkontrollen nur auf gemeinschaftlicher Ebene getroffen werden sollte und nicht den Mitgliedsstaaten überlassen bleibt."

Recommended

Press release

©jonathan-marchal

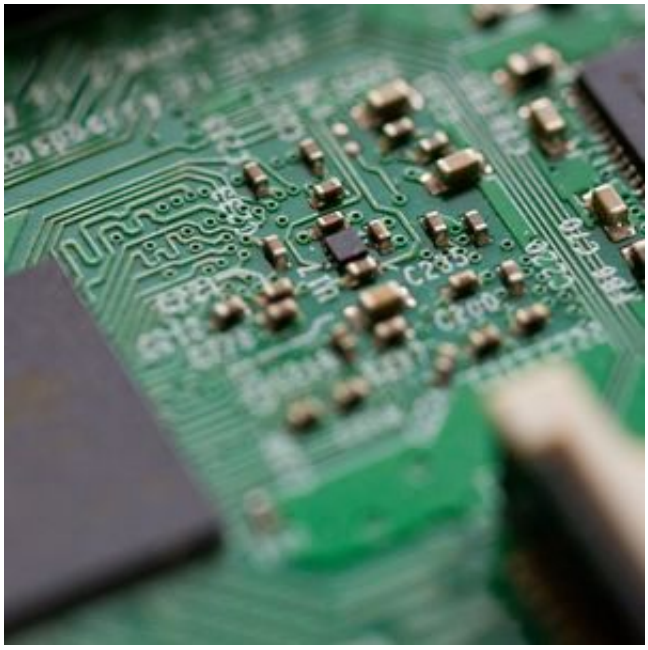


Tilly METZ elected European Parliament Vice-President

12.11.2026

Press release

chris-ried



Digital Fairness Act falls short on addictive design

11.11.2026

Press release



[Ukrainian children in Russia: Parliament to call for u…]

11.11.2026

Press release

Redek Kozak



[Czech public media under attack - with Markéta Gregoro…]

11.11.2026

Responsible MEPs



Rebecca Harms

Member



Ska Keller

Member

Please share

- E-Mail